



Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt wird's grün! Und damit meine ich nicht nur den Frühling, der vor der Türe steht, sondern auch den politischen Wandel, mit dem wir im Herbst bei der Bundestagswahl hoffentlich ein super Ergebnis hinlegen werden. Der Vorwahlkampf ist schon in vollem Gange - hier in Berlin und bei uns in Rheinland-Pfalz.

In dieser Zeit erinnert sich die Bundesregierung auch gerne an ihre heiklen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag und beginnt, diese hastig umzusetzen. Was dabei herauskommt, sieht man am Trauerspiel des Leistungsschutzrechtes, dessen Gesetzgebungsprozess mich in den vergangenen Wochen stark beansprucht hat. Auch bei anderen Themen war in der Medienpolitik einiges los. Mit der Bundestagsfraktion habe ich einen Antrag zum Urhebervertragsrecht erarbeitet, das die Urheberinnen und Urheber in eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den Verwertern bringen soll, und ein Gutachten vorgestellt, welches Eckpunkte für die Stärkung von Medienvielfalt und Journalismus setzt. Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil zum Presseauskunftsrecht einen wichtigen Anstoß für eine bundesgesetzliche Regelung gesetzt, die wir in einem Fachgespräch erörtern wollen.

Zusätzlich haben die Vorbereitungen zu unserem Demografie-Kongress „Gut leben im Wandel“ meine Mitarbeiterinnen und mich auf Trab gehalten. Kernstück des Kongresses waren vier Workshops zu den Themen „Ältere Arbeitskräfte“, „Postwachstumsgesellschaft“, „Zeit für Familie“ und „Demographischer Wandel in ländlichen Regionen“. Mit 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und aus der Praxis haben wir viele kreative Impulse diskutiert. Der Kongress war ein voller Erfolg.

Ich wünsche Euch ein paar erholsame Tage über Ostern, auf dass wir nochmals Kraft sammeln für einen heißen Wahlkampf-Sommer!

Herzliche Grüße

Eure

Übersicht

Medien aktuell

- Debatte um das Leistungsschutzrecht
- Medienvielfalt und Journalismus stärken
- Gestaltung eines zukunftsfähigen Urheberrechts
- Deutschland hinkt Pressefreiheit weiter hinterher
- Die zunehmende Bedeutung der Medienpolitik
- Gesetzliche Verankerung des Presse-Grosso
- Internet-Enquete legt Grundlage für künftige Netzpolitik
- Safer-Internet-Day

Demografie-Report

- Wachsende Bevölkerung: Kein Grund, sich zurückzulehnen
- Bericht vom Demografie-Kongress

Hauptstadt kunterbunt:

- Zweiter Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Fukushima
- Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- Wasserversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge
- Sukzessivblamage für die Union
- Alltäglichen Sexismus bekämpfen
- Persönliche Erklärung zum ISAF Mandat

Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz: Verkehrslärm

- Rheinland-Pfalz macht Druck bei Lärmschutz
- Grundsatz „Lärmschutz vor Kosteneffizienz“ auf EU-Ebene vertreten
- Dreistes Greenwashing: Die Vier-Liter-Kampagne der Luftverkehrswirtschaft
- Veranstaltung in Bad Hönningen zum Bahnlärm
- Ausbau der A643 in Mainz

Vor Ort: Rheinland-Pfalz

- Programmforum der GRÜNEN Rheinland-Pfalz
- Soziale Wohnpreise brauchen verbindliche Vorgaben
- Fällaktion am Speyerer Flughafen
- Brauchtumpflege kein Geschäftszweck eines Energieversorgers
- Fereshteh Shirazi ist frei
- Rede zum Politischen Aschermittwoch
- Richtige Schwerpunkte gesetzt- Regierungserklärung von Malu Dreyer
- Sechs Neujahrsempfänge in Rheinland-Pfalz
- US-Hospital Weilerbach
- Bauverzögerung an der Mosel bestätigt

Medien aktuell

Debatte um das Leistungsschutzrecht: Die Debatte rund um das Leistungsschutzrecht kochte in den vergangenen Wochen noch einmal richtig hoch. Auf den Titelseiten der Zeitungen bis hin zur New York Times wurde darüber berichtet. In der Anhörung im Rechtsausschuss wurde massive Kritik an dem schwarz-gelben Gesetzesentwurf laut (<http://bit.ly/XmKevN>), daraufhin ging Siegfried Kauder (CDU), Vorsitzender des Rechtsausschuss, auf Distanz zu dem Vorhaben. In diesem Zuge forderten wir die Bundesregierung einmal mehr auf, sich vom Leistungsschutzrecht zu verabschieden (<http://bit.ly/YhfBuA>). Doch die Bundesregierung überraschte mit einer Last-Minute-Änderung, die den Gesetzesentwurf noch verwirrender machte, als er bisher schon war. Jetzt haben wir ein Gesetz, das vor allem der Gesichtswahrung der Kanzlerin dient und ansonsten nur die Abmahnanwälte glücklich machen wird: <http://bit.ly/VNmNhr>. Meine Rede zur abschließenden Lesung des Leistungsschutzrecht findet Ihr hier: <http://bit.ly/13syU80>

Medienvielfalt und Journalismus stärken: Die Zukunft des Journalismus wird vielerorts diskutiert. In den vergangenen Monaten gab es vor allem Diskussionen zur Einstellung der Financial Times Deutschland und der Insolvenz der Frankfurter Rundschau. Größer ist aber der Zeitungsschwund im

Lokalen, wo bereits seit Jahren Redaktionen verkleinert oder zusammengelegt werden. Regionalteile in Zeitungen werden eingestellt, JournalistInnen für on- wie offline-Formate entlassen. In vielen Regionen Deutschlands führt diese Situation zur Reduzierung des publizistischen Angebots. Wir haben uns dieser dringenden Frage gestellt: Wie kann Journalismus zukünftig finanziert werden? <http://bit.ly/13Vd1yh>

Gestaltung eines zukunftsfähigen Urheberrechts: Der digitale Wandel erfordert einen echten gesellschaftlichen Interessenausgleich und darum auch eine zeitgemäße Anpassung des Urheberrechts. Wir haben daher ein Gutachten zur rechtlichen und ökonomischen Umsetzbarkeit sowie Ausgestaltung eines Pauschalvergütungsmodells in Auftrag gegeben. In seinem Gutachten kommt der Urheberrechts- und Wirtschaftsexperte Prof. Dr. Gerald Spindler zu dem Ergebnis, dass eine sogenannte „Kulturflatrate“ ein Modell für eine angemessene Vergütung von Kreativen sein könnte, es jedoch Hürden gibt, die eine Umsetzung in absehbarer Zeit nicht möglich macht. Das Gutachten findet Ihr hier: <http://bit.ly/Zwxfsk> Wir haben daher in unserer Projektgruppe Urheberrecht einen Antrag zur Eindämmung des Abmahnwesens <http://bit.ly/14c0giV> sowie einen Antrag zur Stärkung der Urheberinnen und Urheber erarbeitet. <http://bit.ly/ZZutew>

Deutschland hinkt Pressefreiheit weiter hinterher: Deutschland ist nur Mittelmaß in Europa, wenn es um Pressefreiheit geht (<http://bit.ly/11exxnL>). Ein Beispiel dafür sind die Äußerungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft über die Durchsuchungen bei Journalisten (<http://bit.ly/XisPJW>), die ein unfassbares Demokratieverständnis offenbaren. Eine wichtige Entscheidung zur Pressefreiheit war dagegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Auskunftspflicht. Das Bundesverwaltungsgericht hat dem Versuch des Bundes, der Presse keine Auskünfte mehr erteilen zu müssen (<http://bit.ly/12oUcmD>), einen Riegel vorgeschoben (<http://bit.ly/12lbHzt>). Jetzt ist der Bund gefragt, die Gesetzeslücke zu schließen, die das Gericht konstatiert hat. Das habe ich auch in meiner Bundestagsrede dazu gefordert: <http://bit.ly/12T9q4t>

Die zunehmende Bedeutung der Medienpolitik: Wer Lust hat, sich eingehender mit der Medienpolitik zu beschäftigen, kann meinen Beitrag für die Reihe in der Funkkorrespondenz in Zusammenarbeit mit dem Institut für Medien- und Kommunikationspolitik zum Strukturwandel der Medienpolitik lesen. Im Netzzeitalter ist Medienpolitik wichtiger denn je, denn die Gestaltung des Verbreitungswegs Internet, das per se eine öffentliche Angelegenheit ist, erfordert geradezu die Einmischung der Gesellschaft. Dieser Bereich der Politik ist viel zu relevant, um EntscheidungsträgerInnen in Hinterzimmern das Feld zu überlassen. <http://bit.ly/10MnThn>

Gesetzliche Verankerung des Presse-Grosso: Das Thema beschäftigt uns schon lange. Nachdem das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in dem das Presse-Grosso geregelt werden sollte, im Bundesrat gestoppt wurde, werden wir nun gemeinsam mit der SPD einen Gesetzesvorschlag zum Presse-Grosso-System in den Bundestag einbringen. Damit wollen wir rasch Klarheit schaffen, um das Presse-Grosso als flächendeckende und neutrale Vertriebsstruktur für die Vielfalt an Zeitungen und Zeitschriften an der Ladentheke dauerhaft zu sichern. <http://bit.ly/ZtpflV>

Internet-Enquete legt Grundlage für künftige Netzpolitik: Ihrer Aufgabe ist die Enquete-Kommission insgesamt – mit einigen Abstrichen - gerecht geworden, den digitalen Wandel unserer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft präzise und umfassend zu beleuchten und Handlungsempfehlungen für die kommende Legislaturperiode zu formulieren. Mein Fazit: <http://bit.ly/ZA6gyp>

Safer Internet Day: Der „Safer Internet Day“ machte noch einmal deutlich: Die schwarz-gelbe Bundesregierung duckt sich beim digitalen Daten- und Verbraucherschutz weg und lässt die Nutzerinnen und Nutzer im Stich. <http://bit.ly/YwXSON>

Demografie-Report

Wachsende Bevölkerungszahl – Kein Grund sich zurückzulehnen: Die jüngsten Zahlen belegen: Die Zuwanderung ist eine Chance. Vor dem Hintergrund des hohen Fachkräftebedarfs und der Alterung der Belegschaften ist die Wirtschaft auf sie angewiesen. Die deutsche Wirtschaft profitiert nicht nur über niedrige Zinsen und eine schwach bewertete Währung von der Euro-Krise, auch die Einwanderung von jungen, hochqualifizierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus den EU-Ländern trägt zum Wohlstand bei. Damit steht unsere Gesellschaft jedoch in einer Verantwortung, die nicht am Arbeitsplatz endet. <http://bit.ly/TZcTIH>

Demografie-Kongress: Am 25. Februar 2013 lud ich mit der Bundestagsfraktion zum Demografie-Kongress „Gut leben im Wandel“ in den Deutschen Bundestag ein. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik, aus Verbänden und der Praxis folgten der Einladung und diskutierten die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels. Hier ist der Bericht zum Demografie-Kongress: <http://bit.ly/10FAUWc>

Hauptstadt kunterbunt

Zweiter Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Fukushima: Atomkraft zerstört Zukunft. Nur ein Ausstieg aus der Atomkraft kann die einzige richtige Antwort sein. Die Folgen einer Reaktorkatastrophe lassen sich nicht reparieren, die Schäden sind über Generationen nicht wiedergutzumachen. <http://bit.ly/10v3olz>

Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt: Die Bundesregierung verschleiert beim Armuts- und Reichtumsbericht gesellschaftliche Realitäten. Der Auftritt der Bundesregierung erinnert mich doch sehr stark an ein sehr bekanntes Lied aus dem Pippi Langstrumpf-Film. <http://bit.ly/Whx3Pb>

Wasserversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge: Meine CDU-Kollegin Granold hat mit ihrer Fraktion gegen ihren eigenen Parteitagebeschluss gestimmt. Das ist schon erstaunlich. <http://bit.ly/WZpiuj>

Sukzessivblamage für die Union: Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.02.2013 dürfen auch homosexuelle LebenspartnerInnen das zuvor von dem anderen Partner bzw. der anderen Partnerin angenommene Kind adoptieren. Ein wichtiger erster Schritt – allerdings nicht mit dieser Bundesregierung. <http://bit.ly/YVTje9> .

Alltäglichen Sexismus bekämpfen: Sexismus durchzieht unseren Alltag. Die öffentliche Debatte und das Anprangern dieser Missstände sind wesentlich, damit sich gesellschaftliche Umgangsformen ändern. In diesem Zusammenhang habe ich eine Entschuldigung von Brüderle gefordert. <http://bit.ly/VglWnW>

Persönliche Erklärung zum ISAF Mandat: Der Bundestag hat über die Verlängerung des Mandats zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan entschieden. Die persönliche Erklärung von Tobias und Josef und mir zu unserem Abstimmungsverhalten: <http://bit.ly/XmKcEn>.

Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz: Verkehrslärm

Rheinland-Pfalz macht Druck bei Lärmschutz: Wie auch beim Schutz vor Bahnlärm setzt sich das rot-grün regierte Rheinland-Pfalz an die Speerspitze der Fluglärmschutz-Bewegung unter den Bundesländern. Ein effizienter Lärmschutz braucht endlich eine Gesetzgebung auf Bundesebene, die den Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. <http://bit.ly/ZJPBs3>
Die hessische Bundesratsinitiative ist dagegen gefährliche Wahlkampfretorik. <http://bit.ly/XJqYLp>

Ausbau der A643 in Mainz: Ramsauers vernünftigen Bekenntnis, dass in Zukunft Sanierung Vorrang vor dem Neubau haben soll, muss die Bundesregierung auch das gesetzgeberische Umfeld anpassen. Lärmschutz an Neubau oder wesentliche bauliche Veränderungen zu binden, konterkariert dieses Ziel. <http://bit.ly/ZVkyIJ>

Grundsatz „Lärmschutz vor Kosteneffizienz“ auf EU-Ebene vertreten. Mit einem Brief wendete ich mich an Verkehrsminister Ramsauer, damit er die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nach einem hohen Lärmschutzstandard in Brüssel vertritt. <http://bit.ly/Yry2sA> Auf eine Antwort warte ich noch.

Dreistes Greenwashing: Die Vier-Liter-Kampagne der Luftfahrtwirtschaft. Leider können wir nicht über diese Verdummungskampagne lächeln, weil sie als Argument für die fortdauernde Subventionierung des Luftverkehrs herhält. Zudem führt die Kampagne Verbraucherinnen und Verbraucher in die Irre. <http://bit.ly/VVj68P>

Veranstaltung in Bad Hönningen zum Bahnlärm: Bei einer Podiumsdiskussion mit zwei KollegInnen aus dem Bundestag, Erwin Rüdell (CDU) und Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD), vertrat ich die grünen Forderungen für einen wirksamen Schutz vor Bahnlärm. Die neue Konstellation im Bundesrat nach der Landtagswahl in Niedersachsen gibt Anlass zur Hoffnung für einen besseren Verkehrslärmschutz, zum Beispiel beim Schienenbonus. <http://bit.ly/113QYBg>

Vor Ort: Rheinland-Pfalz

Programmforum der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz: Beim Programmforum haben wir in den von mir betreuten Workshops einige Akzente herausgearbeitet, die bei der demografischen Entwicklung, der Medien- und Netzpolitik, bei der Breitbandversorgung sowie beim Kampf gegen Verkehrslärm aus rheinland-pfälzischer Sicht von besonderer Bedeutung sind. <http://bit.ly/118V2UN>

Soziale Wohnpreise brauchen verbindliche Vorgaben: Die Aussagen vom Mainzer Sozialdezernenten Kurt Merkator zu festen Quoten für soziale Wohnraumförderung sind irritierend. Der Stadtrat hat im August 2011 mit deutlicher Mehrheit einen Antrag beschlossen, in dem festgelegt wird: „Ein Anteil von durchschnittlich 25 Prozent der Wohngebäude ist im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung herzustellen“. Dieser Beschluss ist verbindlich. <http://bit.ly/ZI1X2a>

Fällaktion am Flughafen Speyer nicht plausibel: Vor zwei Jahren hatte der Betreiber des Speyerer Flugplatzes zugesagt, dass die Kappungen für die nächsten Jahre abgeschlossen seien. Vor einigen Wochen sind wieder knapp dreißig der wertvollen alten Auwaldbäume der Salamitaktik zum Opfer gefallen. <http://bit.ly/15gMBU4>

Brauchtumpflege keine Geschäftszweck eines Energieversorgers: Nach Zeitungsberichten hat die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG 110 Karten für eine Fastnachtssitzung gekauft. Doch Geschäftszweck der KMW ist Energieerzeugung und nicht Brauchtumpflege. <http://bit.ly/X8vldh> und <http://bit.ly/1045KLH>

Fereshteh Shirazi ist frei!: Seit 2011 bin ich Patin der iranischen Frauenrechtlerin über die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Ich bin sehr froh, dass sie jetzt endlich aus der Haft entlassen wurde. <http://bit.ly/XJpWgp>

Rede zum politischen Aschermittwoch in Mainz: Der Bundesregierung kann ich höchstens noch fastnachtliche Qualitäten abgewinnen: "Lasst uns alles dafür tun, dass der schwarz-gelbe Elferat auch wirklich seine letzte Kappenfahrt angetreten hat." Meine Rede könnt Ihr hier nachlesen: <http://bit.ly/YfG0qk>

Richtige Schwerpunkte gesetzt - Regierungserklärung von Malu Dreyer: Als demografiepolitische Sprecherin begrüße ich natürlich ganz besonders, dass Ministerpräsidentin Malu Dreyer die positive Gestaltung des demografischen Wandels als einen Schwerpunkt ihrer Regierungstätigkeit sieht.

<http://bit.ly/Xi0Gxj>

Sechs Neujahrsempfänge in Rheinland-Pfalz: Der Neujahrsempfang des Ortverbandes Bodenheim stand ganz unter dem Zeichen des Fluglärms (<http://bit.ly/XElyQK>). In Bingen, Bad Ems, Simmern, Kaiserslautern (<http://bit.ly/ZUI1tX>) und Neustadt (<http://bit.ly/10BIHCW>) habe ich weitere Neujahrsempfänge bei grünen Kreis- und Ortsverbänden besucht.

US-Hospital Weilerbach: Der US-Kongress hat nun die Freigabe der Mittel in Höhe von 990 Millionen Dollar genehmigt. Damit kann das US-Militär-Hospital in Weilerbach gebaut werden. Es gilt nun, die Beanspruchung der Natur so gering wie möglich zu halten. Leider hat eine echte Prüfung von Alternativen nicht stattgefunden. <http://bit.ly/Smh42R>

Bauverzögerung an der Mosel bestätigt: Das Bundesbauministerium gibt die einjährige Bauverzögerung zu und begründet sie mit den hohen Anforderungen an Statik und Konstruktion beim Bau der 160 Meter hohen Brückenpfeiler. Bisher haben die Verantwortlichen in Land und Bund Probleme mit der Statik stets abgestritten. Dieses Dementi ruft nach weiterer Aufklärung.

<http://bit.ly/UTqmS1>

Impressum: Tabea Rößner, MdB
Medienpolitische Sprecherin
Demografiepolitische Sprecherin
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel: 030 227 71697
Fax: 030 227 76296
tabea.roessner@bundestag.de
www.tabea-roessner.de